

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Gesellschaft 9-5 Uhr. Verleger: Hermanns-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Justiz und Fürstenabfindung.

Debatte im Rechtsausschuß. — Strefemann und der Kronprinz. — Das Gespräch auf dem Monte Verita.

Der Rechtsausschuß des Reichstages trat heute in die Spezialberatung des Fürstenkompromisses ein. Dazu liegen sozialdemokratische Anträge vor auf Entseignung der Fürstenvermögen und für den Fall der Ablehnung dieser Anträge weitere Anträge auf Verbesserungen des Kompromißvorschlages.

Bei der Debatte erklärte zunächst Dr. Hanemann (Dnat.), daß die gestrigen Ausführungen der Reichsregierung über die Frage der Verfassungsänderung seine Freunde nicht befriedigt habe. Es handele sich um die Schaffung eines Ausnahmegerichts gegen die Fürsten, womit sie sich nie und nimmer einverstanden erklären können. Sie verlangten, daß das Reichsgericht durch einen besonders zu bildenden Senat die Fürstenfrage entscheide und daß, falls dies abgelehnt werden sollte, jedenfalls nur Mitglieder höchster deutscher Gerichte in dem Gerichtshof sitzen dürften.

Genosse Rosenfeld führte aus, daß die sozialdemokratische Fraktion nach wie vor auf dem Standpunkt stände, daß nur die Entseignung der Fürstenvermögen die richtige Lösung der ganzen Frage bedeute. Dieser Antrag sei schon früher ausführlich begründet worden, er wolle heute nur der Behauptung entgegenreten, als ob den Fürsten bei Durchführung des Enteignungsgesetzes auch das Letzte genommen werde.

Das Leben, wie es die deutschen Fürsten augenblicklich führten, zeige, daß diese Herren in der Lage seien, ihr Leben in großartiger Weise weiterzuführen.

Man sehe nicht die geringste Berücksichtigung der Notlage des deutschen Volkes in ihrem Auftreten. Der frühere Kronprinz habe jetzt am Lago Maggiore ein herrliches Besitztum. Er habe es selbst gesehen. Es sei ein großes Gebäude mit 15 Räumen und der Kronprinz habe sich mit einem Hofstaat umgeben, der in dieser Größe ganz gemiß nicht erträglich sei. Jene Villa heiße Rocca bella, liege in Lugano und sei sitzend neben der Villa Barnata, in der früher Bismarck gelebt habe. Redner wisse nicht, ob auch der Kronprinz von dort aus Reichsdrängungen ansetze.

Es sei sehr merkwürdig, daß der Kronprinz in der Schweiz auch mit Herrn Strefemann zusammengetroffen sei.

Man könne nicht verstehen, daß ein Minister der Republik sich auf Unterhaltungen mit dem früheren Kronprinzen einlassen könne. Weiteres werde auch über das Leben im Hause Doorn Nachrichten vorbereitet, die auch nicht dafür sprechen, daß der dort wohnende frühere Fürst Verständnis für die Lage des deutschen Volkes habe. Der Enteignungsgedanke führe daher allein zum Ziel. Falls eine Reichstagsmehrheit ein Gericht entscheiden lassen wolle, müsse das Gericht ganz anders aussehen, als es bis jetzt in Aussicht genommen sei. Die Festhaltung des Richterprivilegs für den neuen Gerichtshof sei für seine Freunde nicht annehmbar. Ein solcher Beschluß würde geradezu auf ein Vertrauensvotum für die Richter hinauslaufen, das abzugeben er infolge der ganzen heutigen Justiz nicht in der Lage sei. Bei dem allgemeinen Mißtrauen gegen unsere Richter könne der Gerichtshof nicht nur aus Richtern bestehen. Er verweise darauf, daß der Senatspräsident Großmann gerade jetzt in einem offenen Brief scharfe Kritik an dem preußischen Richterverein geübt und ihm vorgeworfen habe — und zwar mit Recht — daß dieser Richterverein durch den Beschluß, daß kein Richter auch im Republikanischen Richterbund sein dürfe, eine gesellschaftliche Achtung der republikanischen Richter herbeiführe. Im Verhalten des preußischen Richtervereins zeige sich die monarchistische Einstellung der meisten deutschen Richter, die bei republikanischen Richtern die Betätigung republikanischer Bestimmung verurteilten und sogar durch einen solchen Beschluß eine Einschüchterung ausübten.

Die Mitglieder des Gerichtshofes müßten durch den Reichstag gewählt werden.

Das sei allerdings eine gewisse Politisierung des Gerichts, aber die Politik spiele in jedem Gerichtssaal mit und außerdem würden doch

die Mitglieder des in der Verfassung vorgesehenen Staatsgerichtshofs auch vom Reichstag gewählt, es sei also nicht das erstemal, daß Richter durch den Reichstag gewählt würden. Allerdings habe man mit dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik schlechte Erfahrungen gemacht. Er möchte die Reichsregierung fragen, ob es richtig sei, daß nach Aufhebung des Staatsgerichtshofs in dem Senat des Reichsgerichts, der jetzt die Hochverratsachen bearbeitete, derselbe Senatspräsident Riedner und andere Richter mitwirkten, die gerade zur Kritik am Staatsgerichtshof führten. Wenn der Herr Justizminister jetzt durch Kopfnicken bestätigt, daß in der Tat Herr Riedner und andere frühere Mitglieder des Staatsgerichtshofs bei Hochverratsprozessen mitwirkten, so möchte er sagen, daß das auf eine Verhöhnung des Reichstags hinausläufe, der eine andere Rechtsprechung habe herbeiführen wollen. Er müsse sich vorbehalten, bei anderer Gelegenheit hierauf zurückzukommen. Das neue Gericht sei für seine Freunde nur annehmbar, wenn es eine grundlegende Umgestaltung erführe.

Reichsjustizminister Marx: Ueber das angebliche Gespräch Strefemanns mit dem Kronprinzen wolle er sagen, daß solche Verhandlungen zwischen dem Minister und dem früheren Kronprinzen nicht stattgefunden haben, schon weil sie keine Möglichkeit hätten, überhaupt miteinander zu sprechen. Den Uebergang der Hochverratsachen auf einen Senat im Reichsgericht, in dem früher Mitglieder des Staatsgerichtshofs mitwirkten, habe die Justizverwaltung nicht verhindern können, denn nach dem Gerichtsverfassungsgesetz habe die Justizverwaltung kein Recht, auf die Verwendung der alten Richter des Reichsgerichts einzuwirken und es würde eine außerordentliche Veränderung in der Justizverwaltung bedeuten, wenn man ihr das Recht geben wolle, einen Einspruch auszuüben. Herr Riedner sei früher Vorsitzender des vierten Senats gewesen und er sei es geblieben, auch nachdem der Senat die Hochverratsachen bekommen habe. Der Minister verwehre sich dagegen, daß man ihm zumute, auf die Verteilung der Geschäfte bei den Gerichten Einfluß auszuüben.

Abg. Scholz (D. V.): Dankt dem Minister für die Dementierung der Nachrichten von der Unterhaltung Strefemanns mit dem Kronprinzen.

Er sei von dem Herrn Außenminister autorisiert worden zur Erklärung, daß keinerlei Zusammenkunft oder Besprechung mit dem Kronprinzen stattgefunden habe.

In sich sei gegen eine derartige Zusammenkunft nicht das geringste einzuwenden. Es sei dem besonderen Takt des Kronprinzen und des Außenministers zu verdanken, daß die beiden Herren sich nicht gesprochen haben.

u. Richterhofen (Dem.) begrüßt die Erklärung des Abg. Scholz. Genosse Rosenfeld erklärt demgegenüber, daß ihm die Dementierung zu allgemein gehalten sei. Er erkläre auf Grund zuverlässigster Nachrichten, daß Strefemann insbesondere am 11. April auf dem Monte Verita, oberhalb Ascona, mit dem Kronprinzen zusammengetroffen sei. Und er wolle abwarten, ob diese spezielle Mitteilung auch dementiert werde.

Dr. Scholz (D. V.): Es sei einfaches Gebot jedes Menschenrechtes, auch mit einem Menschen zu sprechen, der einmal Kronprinz gewesen sei, das werde sich kein Minister nehmen lassen, besonders wenn es sich um Besprechungen über die Verhältnisse des betreffenden Menschen zum Staate handle. Es sei sogar unter Umständen eine Pflichtverletzung, eine solche Unterhaltung abzulehnen. Gerade die Sozialdemokraten, die für eine Gleichberechtigung aller Menschen eintreten, sollten doch dafür Verständnis haben. Vom Monte Verita habe ihm Strefemann nichts erzählt, er habe ihm dafür ausdrücklich mitgeteilt, daß er mit dem Kronprinzen in Vercano zusammen gewesen sei, daß aber der Kronprinz aus dem gleichen Taktgefühl im Augenblick der Verhandlungen über die Fürstenabfindung keinen Versuch gemacht habe, sich ihm zu nähern. Der Minister habe ihn lediglich einmal von weitem gesehen, aber niemals gesprochen.

Die Verhandlungen gehen weiter.

Zurück zur Rechtsregierung?

Die Treibereien der Volkspartei.

Als vor einigen Monaten die Deutschnationalen ihre Flucht aus der Regierung vollzogen, wandten sich die Blöcke der Mittelparteien hilflos nach der Sozialdemokratie. Die demokratische Presse gab die Parole der Großen Koalition aus. Aber die Verhandlungen über die Große Koalition scheiterten, wie sie scheitern mußten, weil eine innere Bereitwilligkeit der Volkspartei zu ihrer Bildung nicht bestand. Die Sozialdemokratie sah sich genötigt ein ziemlich ausführliches und genau umschriebenes Regierungsprogramm vorzulegen, von dessen lokaler Durchführung sie ihre Beteiligung an der Regierung abhängig machte, und es ist kein Geheimnis, daß sie diese lokale Durchführung von einer Koalition, in der die Volkspartei sah, ernstlich gar nicht erwartete. Die Volkspartei zeigte sich so referiert wie möglich und war offenbar ganz von der Absicht beherrscht, die „Schuld“ an dem Scheitern der Großen Koalition, die sie selber gar nicht wollte, der Sozialdemokratie zuzuschreiben.

Die Sozialdemokratie hat diese „Schuld“ auf sich genommen und sie ist daran nicht gestorben. Zwar zeigte sich die demokratische Presse über sie sehr ungelassen, aber gar bald stellte sich heraus, daß mit Vorwürfen über das Western keine Politik zu machen war. Das heute und das Morgen verlangten ihr Recht: die Regierung Luther wurde auf dem Boden einer Minderheitskoalition der Mitte rekonstruiert und begann zu arbeiten. Die Sozialdemokratie hat gegen sie keine Posseitspolitik getrieben. Als eine Partei, die auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie steht, hat sie kein Interesse an zweck- und ausschließlichen Regierungstrifen. Sieht sie eine Gelegenheit, eine bestehende Regierung durch eine bessere zu ersetzen, so wird sie nicht zögern, von ihr Gebrauch zu machen. Regierungsfürzerei als Sport liegt ihr nicht.

Trotzdem gibt es heute Schwierigkeiten für den Fortbestand der zweiten Luther-Regierung. Sie kommen aus ihrem eigenen Schoß. Es ist die Volkspartei, die das Bedürfnis nach einer neuen Regierungspartei spürt, es ist die Volkspartei, die die Regierung der Mitte sprengen möchte, um eine neue Rechtsregierung an ihre Stelle zu setzen.

Das Verhalten der Sozialdemokratie bei den Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition findet damit seine glänzende Rechtfertigung. Denn wenn der Volkspartei schon die beiden demokratischen Minister Kütz und Reinhold eine zu starke Linksbelastung sind, wenn sie am liebsten den lieben Brüdern aus der „liberalen Vereinigung“ einen Stoß verfehen würde, um sich wieder mit den Vertretern der äußersten Reaktion an einen Tisch zu setzen, dann ist wohl die Frage berechtigt, wie sich ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Volkspartei mit der Sozialdemokratie hätte gestalten sollen.

Die Reigung der Volkspartei zur Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen ist uns früher aus tatsächlichen Gründen erklärt worden. Der Rechtsradikalismus wurde uns als eine bedrohlich wachsende Bewegung geschildert, die alle Ufer überflutet werden würde, wenn es nicht gelänge, sie in das ruhige Bett der Regierungstätigkeit zu leiten. Heute ist der Niedergang der nationalistischen Reaktion zu offenkundig, daß derartige Argumente nicht mehr verstanden werden. Viel eher könnte man angesichts der kräftigen Linksströmung im Volke, die sich bei der Unterzeichnung des Volksbegehrens kundgetan hat, umgekehrt argumentieren und sagen, daß ein weiter links gerichteter Regierungskurs notwendig sei, wenn die Regierungspolitik nicht in einen katastrophalen Gegensatz zur Volksstimmung geraten sollte.

Wenn in der Volkspartei trotzdem der Zug nach rechts Oberhand behält, so muß diese Erscheinung Ursachen haben, die tiefer liegen als in den augenblicklichen Bedürfnissen der Taktik. Als eine Partei des Großbürgertums, vor allem des industriellen Unternehmertums, fühlt sich die Volkspartei den Deutschnationalen unendlich viel näher als der großen deutschen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie. Was sich in der Sehnsucht der Volkspartei nach einem festen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien unter Führung der Rechten kundtut, das ist die Furcht vor der steigenden Welle der sozialistischen und demokratischen Volksbewegung, das ist, mit einem Worte, die alte Sammlungspolitik, die uns aus der Zeit des Kaiserreichs nur zu gut bekannt ist.

Run hat uns aber gerade die Zeit des Kaiserreichs gezeigt, daß es keine Politik gibt, unter der die Sozialdemokratie besser gedeiht, als eben jene Sammlungspolitik. Und die Erfahrungen der Republik haben jene des Kaiserreichs bestätigt. Die Rechtsregierung mit Schiele, Schlieffen, Neuhäus war eine Regierung der Sammlungspolitik gegen die Sozialdemokratie. Heute, da ihre segensreiche Tätigkeit bis auf weiteres abgeschlossen ist, kann man ruhig ausprechen, daß die Schäden, die sie angerichtet hat, geringer sind als die Verdienste, die sie sich durch unfreiwillige Förderung der sozialdemokratischen Bewegung erworben hat.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die Bilanz einer zweiten Rechtsregierung ebenso günstig abschließen müßte. Die Deutschnationalen waren in der Schiele-Schlieffen-Regierung doch zu stark gehemmt, um einen Refordschaden anzurichten zu können. Sider bleibt aber doch so viel: in dem Maße des Schadens, der angerichtet wird, wird allemal auch die Kraft der sozialdemokratischen Opposition wachsen.

Diese Gewißheit gibt uns die Möglichkeit, bei den neuerlichen Versuchen, ein Sammlungskabinet gegen die Sozial-

Sturz der Mecklenburger Regierung.

Eine Folge der Steuerkämpfe.

Schwerin, 21. April. (WIB.) In der heutigen Sitzung des Landtags wurde über den Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, daß die Erklärungen der Regierung zu den ultimativen Forderungen der Güstrower Landwirterversammlung der Auffassung des Landtags entsprächen, abgestimmt. Es handelte sich bei der Abstimmung um ein Vertrauensvotum für die Regierung. Für den Antrag stimmten 23 Abgeordnete (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei), gegen den Antrag 37 (Völkische Freiheitspartei, Nationalsozialisten, Demokraten, Wirtschaftler, Sozialdemokraten und Kommunisten). Das Vertrauensvotum war somit abgelehnt.

Die Reichsbahn und Dr. Edmund Stinnes.

Erwerb der Reichseisenbahn-Reklame-Gesellschaft.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft steht im Begriff, von Dr. Edmund Stinnes, der zurzeit im Auslande wohnt, die Reichseisenbahn-Reklame-Gesellschaft zu erwerben um den erheblichen Betrag von 3 bis 4 Millionen Mark. Bekanntlich war dieser Vertrag schon mehrfach Gegenstand kritischer Erörterungen im Reichstag und in der Öffentlichkeit.

Daß gerade gegenwärtig die Reichsbahngesellschaft trotz ihrer stark zurückgegangenen Einnahmen und großen Belastungen, die ihr angeblich keinerlei Aufbesserungen ihres Personals erlaubt, den Zeitpunkt für gekommen hält, diesen eigenartigen Vertrag mit Millionen abzuschließen, muß stärkstes Befremden erregen, das sich um so mehr steigert, als Stinnes

für diesen Vertrag keinen Pfennig aufgewendet hat. Dabei soll der derzeitige Direktor der Deutschen Eisenbahn-Reklame-Gesellschaft mit ganz ungewöhnlichen Opfern übernommen werden.

Wenn sich der Verwaltungsrat der Reichseisenbahnen tatsächlich entschließen sollte, einem solchen Abkommen zuzustimmen, so wäre das ein Beweis dafür, daß die Reichseisenbahn mit ihren Mitteln nicht wirtschaftlich umgeht. Das öffentliche und allgemeine Interesse steht hier im höchsten Maße in Frage.

Plünderung in Peking.

Die „Ordnung“ Tschangtschins.

London, 21. April. (CP.) In den Vorstädten Pekings, die von den Truppen Tschangtschins besetzt wurden, sind zahlreiche Plünderungen vorgekommen. Wehrkräftige Truppenverbände haben Stellungen nördlich von Peking aus, um einem etwaigen Versuch Fengs, Peking zurückzuerobern, entgegenzutreten zu können. Vertreter Tschangtschins und Kupeijus beraten über die weitere Politik Chinas. Tschangtschin fordert die Ausweisung des russischen Botschafters Karachan.

Die Russenkolonie in Peking.

London, 21. April. (WIB.) Nach einer Peking Meldung der „Chicago Tribune“ wird offiziell bestätigt, daß Marschall Tschangtschin die Abberufung des Sowjetbotschafters Karachan und zahlreicher Agitatoren der Moskauer Internationale gefordert habe. Die meisten Personen, deren Abberufung verlangt wird, haben in der russischen Botschaft und in den Hotels des Gesandtschaftsviertels Zuflucht gesucht. Es heißt, daß Karachan Moskau telegraphisch um Instruktionen gebeten habe.

demokratie zustande zu bringen, in der Rolle der interessierten Beobachter zu verharren.

Einstweilen sieht man weder in der Außenpolitik noch in der Innenpolitik die Grundlage, auf der sich die Deutschen mit Parteien der Mitte zu einer festen Mehrheit zusammenfinden könnten. Der Vertrag mit Sowjetrußland bietet den Deutschen national so lange keine Brücke, als er von der Regierung als ein Akt zur Ergänzung der Locarnopolitik, nicht aber zu ihrer Preisgabe deklarieren wird. In der Frage der Fürstenaufhebung ist durch die Erklärung der Regierung, daß zu ihrer Lösung eine Zweidrittelmehrheit notwendig sei, der Weg zur Bildung einer Rechtsmehrheit verbaut. Außerdem könnte diese Rechtsmehrheit nach dem bisherigen Verhalten der Deutschen national nur einen Block zur Verteidigung der Fürstenaufhebung darstellen, und was aus diesem Block bei den nächsten Reichstagswahlen würde, läßt sich kaum beschreiben. Da verlagert die Phantasie.

Alles in allem läuft das Verhalten der Volkspartei also darauf hinaus, der bestehenden Regierung, in der sie zwei der wichtigsten Ressorts innehat, Verlegenheiten und Schwierigkeiten zu bereiten, womöglich eine Krise herbeizuführen, ohne daß auch von fernher ihre Lösung sichtbar wäre. Auch das ist keine neue Erscheinung. Die Volkspartei hat ja selber die Große Koalition im Reiche gesprengt, an deren Spitze Herr Stresemann als Reichkanzler stand, sie hat der Regierung Marx das Leben unmöglich gemacht sie benennt in Preußen die Stellung der Regierung Braun, obwohl kein Mensch zu sagen imstande ist, was nach ihr kommen kann. Ihr ganzer Ehrgeiz scheint darauf gerichtet zu sein, in der parlamentarischen Demokratie als destruktives Element zu wirken.

Ihre Geschichte von ihrer einstigen stolzen Stellung als Nationalliberale Partei bis heute ist eine Geschichte des Niedergangs. Sie ist die Geschichte von der politischen Unfähigkeit des deutschen Bürgertums.

Von preußischen Richtern — und vom preußischen Justizministerium.

Daß die Mühlen der Justiz langsam mahlen, ist bekannt. Aber sie mahlen nicht immer trefflich fein. Es kam sogar Jahre dauern, bevor eine Entscheidung gefällt wird, wenn durch sie ein Richter von seiner göttlichen Selbstherrlichkeit verlieren könnte.

In Frankfurt a. D. lebt als aufsichtsführender Richter beim Amtsgericht der Amtsgerichtsrat Dr. Brede, Major der Landwehr a. D. Dieser war vor den Kapp-Lagen Führer der Einwohnerwehr, die später aufgelöst wurde. Der Führer der dortigen Reichswehrdivision, Freiherr v. Grüter, hatte sich an dem Kapp-Tusch beteiligt und war dafür in einem Extradikt der „Frankfurter Oberzeitung“ als erfolgreicher Gegenrevolutionär gefeiert worden. Grüter hatte in den Tagen seiner Militärherrschaft mehrere sozialdemokratische Führer Frankfurts, darunter auch den Landtagsabgeordneten Genossen Haber verhaften lassen. Nach dem Zusammenbruch des Kapp-Tusch mußte Grüter Frankfurt verlassen. Er wurde vor dem dortigen Landgericht auf Entschädigung wegen der widerrechtlichen Einsperung verklagt und auch verurteilt.

An dem gegen ihn außerdem eingeleiteten Verfahren wegen Hochverrats hatte Grüter u. a. mitgeteilt, daß „mehrere Persönlichkeiten, darunter auch ein Herr vom Gericht“, bei ihm vorgesprochen und ihn auf Leute aufmerksam gemacht hätten, die zum Streik in lebenswichtigen Betrieben hielten. Besonders bezeichnete sie mit einem gewissen Porth und Haber. Trotzdem in unserem Frankfurter Parteiblatt wiederholt öffentlich jener Richter aufgefodert wurde, sich zu melden, schied er vom Gericht beharrlich. Unser Frankfurter Parteigenosse, Rechtsanwalt Falkenfeld, beantragte nur ein Disziplinarverfahren gegen Unbekannt mit der Begründung, daß ein Richter, der sich an dem Hochverrat durch Denunziation von Bürgern beteiligt habe, durch sein beharrliches Nichtmelden, seine Kollegen vom Gericht befreie. In diesem Disziplinarverfahren gegen Unbekannt wurde

Grüter als Zeuge vernommen. Er kam nach Frankfurt, um den Richter festzustellen und darauf wurde endlich der aufsichtsführende Amtsrichter Dr. Brede entdeckt. Nun mußte Brede vor dem Amtsgerichtspräsidenten eine dienstliche Erklärung abgeben. Er bestritt selbstverständlich, sich strafbar gemacht zu haben und behauptete außerdem, nicht er habe unsere Genossen denunziert, sondern er habe nur einen nichtgenannten Frankfurter Bürger zu dem General geleitet, der damit seine Anzeigen vorbringen könne. Nachdem Herr Brede als dieser Herr vom Gericht bekannt geworden, wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren beantragt mit der Begründung, daß er in seiner dienstlichen Erklärung der Behörde wissentlich die Unwahrheit gesagt habe. Das Disziplinarverfahren wurde in allen Instanzen abgelehnt. Daraufhin beantragte Genosse Falkenfeld, der die Einleitung des Verfahrens angeregt hatte, bei der Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen sich selbst wegen wissentlich falscher Anschuldigung. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft wie die Oberstaatsanwaltschaft in Berlin lehnten ein solches Verfahren ab.

Falkenfeld wandte sich nunmehr beschwerdeführend an den preußischen Justizminister und zwar am 1. Februar 1923. Am 16. Juni 1923 teilte ihm der Minister mit, daß die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien. Ein volles Jahr später, am 16. Juni 1924, erinnerte unter Bezugnahme auf den Jahrestag des ersten Bescheides der Antragsteller Falkenfeld das Ministerium daran, daß nach vollendeten sechzehn Monaten nach der Einreichung des Antrages die Angelegenheit immer noch nicht erledigt sei. Daraufhin wurde dem Antragsteller mitgeteilt, daß die bisherigen Ermittlungen noch kein klares Bild gegeben hätten. Auf diese Mitteilung erfolgte dann am 3. Juli 1924 weitere Angaben von Falkenfeld. Aber am 2. Jahrestag der ersten Verfügung, nämlich am 16. Juni 1925 mußte Falkenfeld noch einmal daran erinnern, daß die Angelegenheit noch immer nicht entschieden sei. Endlich fand das Justizministerium am gleichen Tage, zwei volle Jahre nach seinem ersten Bescheid, Gelegenheit, mitzuteilen, daß es der Beschwerde gegen den Entscheid der Staatsanwaltschaft nicht stattgeben könne, da ein Einschreiten gegen Falkenfeld wegen wissentlich falscher Anschuldigung keinen Erfolg verspreche. Auf weitere Beschwerden wurde schließlich eine Gegenüberstellung Falkenfelds und Bredes vor einem beauftragten Richter angeordnet. Bei dieser Gegenüberstellung erklärte Falkenfeld mit dem Wunsche, daß das ausdrücklich ins Protokoll aufgenommen werde, Teile der dienstlichen Äußerung Bredes für eine „bewußte Lüge“ und forderte die Einleitung eines Strafverfahrens gegen sich, um den Wahrheitsbeweis antreten zu können.

Jetzt fand sich Brede endlich bereit, den Strafantrag zu stellen. Er wandte sich an den Präsidenten des Kammergerichts, damit dieser als höchster Dienstvorgesetzter dem Strafantrag beitrete. Der Kammergerichtspräsident hat das abgelehnt. Und der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht hat von sich aus die Einleitung des Strafverfahrens gegen Falkenfeld wegen Beleidigung abgelehnt, weil ein öffentliches Interesse an der Verfolgung der Beleidigung des aufsichtsführenden Richters nicht vorliegt.

So blieb dem Dr. Brede nichts anderes übrig, als Privatklage zu erheben. Er hat dabei den Vorteil, daß er seine als unwahr bezeichnete Äußerung nicht als wahr beschwören kann.

Immerhin wird man der öffentlichen Verhandlung dieser Dinge vor dem Schöffengericht mit einiger Spannung entgegensehen dürfen. Besonders, weil man auf dem Wege der Privatklage endlich gewisse Feststellungen treffen kann, zu deren Ermittlung das Justizministerium eine Reihe von Jahren brauchte, um schließlich doch zu verkagen, und an denen der Generalstaatsanwalt kein „öffentliches Interesse“ findet.

Der Kutisker-Prozess. Holzmann spricht.

Holzmann verteidigt sich. Er will beweisen, daß er ein Ehrenmann ist. Er habe stets mehr als korrekt gehandelt — der Vorliegende meint dazu, es genüge, wenn er korrekt gehandelt habe. Er ist bereit, seine ganze Laufbahn nochmals auszukramen, um die Behauptungen der Anklage zu entkräften. Diese hat weit

ausgeholt: Sie wirft Punkte auf, die dem Angeklagten nicht zur Last gelegt werden — seine angeblichen Rechtsgebungen in Bulgarien und seine unkorrekte Handlungsweise bei dem Waffenlieferungsvertrag mit der russischen Handelsvertretung in Berlin.

Holzmann ist weisheitsvoll, seine Aussprüche ist weich flüssig, seine Bewegungen sind weltmännlich, sein Verkehr mit dem Vorliegenden höflich und ruhig. Dem Sturm, der ihn vorgefesselt bewegte, ist nichts zu merken. Man fühlt es aber, daß er jeden Augenblick wieder wustanartig aufbrauen kann, und begreift, daß sein sicheres Auftreten und seine weltmännlichen Mäuren ihn im Geschäftslieben gut vorwärtskommen ließen. Er beruft sich auf Zeugen, durch die er den Gegenbeweis zu führen bereit ist. Er ist bemüht, ein günstiges Bild über seine Person zu entwerfen — die Zeitungen hätten unzulässige Dinge über ihn geschrieben, in Wirklichkeit sei er stets deutschfreundlich gewesen. Selbst als Deutsche ihr Geld ins Ausland brachten, gab er kein Geld in eine deutsche Bank und begnügte sich mit geringem Zinsfuß. Auch im Streite wegen der Bagdadbahn hat er trotz der Verlockungen von französischer Seite als einmütiger Zeuge für die deutsche Regierung ausgesagt.

Mit einem Worte: Holzmann verteidigt sich. Es ist nicht wahr, daß er in Bulgarien Wehl nach Griechenland verschoben habe. Der russische Invalidenbund war an die Firma, an der er beteiligt war, mit der Bitte herangetreten, die Wehlbestellung, die sie bisher in Bulgarien gemacht hatten, zu finanzieren. Die Firma tat dies aus Wohlwollensgründen. Als er dann von einem Russen, der in Wirklichkeit französischer Spion war, in einer russischen Zeitung verächtlich wurde, da veranlaßte sein Kompagnon die Einsetzung einer Kommission, die feststellte, daß an der Verächtlichung kein Wort wahr sei. Nie habe er einen Wagon Wehl verschoben. Nicht weniger korrekt habe er auch in der Sache der Waffenlieferung für die russische Handelsvertretung in Berlin gehandelt. Wohl habe er im Laufe von sieben Monaten die Zinsen von den 800 000 Dollar erhalten, die von der russischen Handelsvertretung auf seinen Namen deponiert worden waren. Es ist aber nicht wahr, daß er diese veranlaßt habe, den Vertrag rückgängig zu machen.

Und schließlich der Punkt, der ihm von den Anklagen zur Last gelegt wird. Dabei handelt es sich um folgendes: Stricker hatte das Hanauer Lager von Coloniuss gekauft. Da er den Kaufpreis nicht zahlen konnte, erhielt er gegen Wechsel von der Steinbank, deren Generaldirektor Kutisker war, die erforderliche Summe. Als diese Wechsel fällig wurden und er sie nicht auslösen konnte, verlangte die Steinbank andere Wechsel in Höhe von 1 200 000 M. Diese Wechsel hatte nun Grobe ausgestellt, bei dem Holzmann sein Bureau aufgeschlagen hatte. Wie das geschah, erzählt ausführlich Holzmann. Simon Lombini, das Faktotum Kutiskers, gemeinsam mit Brandt, dem Faktotum Strickers, bat ihn, er möge die Wechsel besorgen. Die Summe sei mehrfach gedeckt durch Waren, die dem Stricker gehören und die Steinbank würde die Garantie übernehmen. In vier Monaten würde er die Wechsel zurück haben, ein Protest derselben würde unter keinen Umständen stattfinden. Er sei darauf zur Steinbank gefahren, und da habe ihm Kutisker gesagt, daß für die Wechsel eine so große Deckung vorhanden sei, daß sie selbst ein Portier unterschreiben könne. Darauf hat er den Grobe, auf den er schon früher eingeredet hatte, die Wechsel auszustellen. Grobe habe dann die Wechsel ausgestellt. Auf seinen Namen konnte er das nicht tun, da seine Konstantinopeler Firma damit nicht einverstanden gewesen wäre. Hört man also auf Holzmann, so hat er stets mehr als korrekt gehandelt. Die Zeugen werden zu bekunden haben, ob er in Wirklichkeit so oder anders ausah. Grobe erklärte aber vorgefesselt, daß er die Wechsel nur auf Drängen Holzmanns ausgestellt habe. Für die ganze Sonierungsaktion war allen Teilnehmern 10 000 Goldmark versprochen. Holzmann will 2000 bis 3000 M. erhalten haben, Grobe nur 1000 M.

Neuer japanischer Vorkoster in Berlin soll Hanihara, der ehemalige Vorkoster in Washington, an Stelle des zurückgetretenen Vorkosters Honda werden. Hanihara war 1924 von Washington abberufen worden, als er im Zusammenhang mit den amerikanischen Gesetzen über die Einwanderung von Japanern den Ausdruck „ernste Konsequenzen“ gebraucht hatte.

Wegen der Verbrennung einer Russkoi-Duppe am Schluß einer Demonstration der Sozialisten von La Louvière (Belgien) hat ein Brüsseler Fischistenblatt den italienischen Vorkoster zum Einschreiten aufgefordert. Der Innenminister hat eine Untersuchung eingeleitet.

Hinrichtung wegen Spionage. Wegen Spionage zugunsten Polens wurde in Rom am 17. April die litauische Staatsangehörige Koskowsky, Donath und Randonanitsky-Jarostowicz hingerichtet.

Deutsches Theater.

„Unsere Kinder“ von Jangwill.

Wahr ist, daß heute viele englische junge Damen vom Speien befallen sind. Ihre Herren Väter, die mit etwa 60 Jahren vom britischen König den Adel und vom Rotspion spendenden lieben Gott das Podagra empfangen, sehen das natürlich nicht gern. Die jungen Damen von London B. gewöhnen sich dann nämlich ihr besonderes Leben an, d. h. sie liebäugeln mit dem Raubmord und dessen Konsequenzen, als da sind Schminkegeschichten, Emanzipation des Weibes und sonst — der Boshwemismus. Das sind alles Dinge, die ein englischer Gentleman verachtet.

Der Dramatiker, der diese Gegensätze zwischen Jung und Alt packt, hat demnach Gelegenheit, entweder mit den Alten oder mit den Jungen aufzukommen. Israel Jangwill, der mit allseitigem Beifall und sogar mit Tanztänzen rechnet, räumt überhaupt nicht auf. Er zeigt eine Zeitlang die Verkalkung der Alten und hierauf die hoffnungslose Jugend, und wenn es gerade zum großen Aufstand kommen soll, veröhnt man sich wieder.

Jangwill ist darum nicht zu tadeln. Irgendwie balanciert sich die Welt ja wirklich sehr primitiv aus. Ohne diese hübsche und beruhigende Erfahrung, die in gleicher Weise den Konfirmanten und den Patriarchen zugänglich sein soll, wäre solche Komödie auch gar nicht möglich. Ihr Stil ist seit anderthalb Jahrhunderten unverändert. Nur die Votabeln wechseln ab. Immerhin überrascht die Feststellung, daß auch das England von 1926 gelernt hat, in Salons und Kalkatelliers die Sprache der Literaturidioten zu reden. Bernhard Shaw's Frechheit macht Schule, seine Feinheit nicht.

Marx, die ein Teufelsmüßel ist, und auf der Dachrinne in die Freiheit rutscht, wenn Papa den Haushlüssel einzieht, schreit zum Schluß doch nach der Mutter. Und Fred, der sich nicht genug tun kann in Boheme, rettet gar kein Müßel aus den Klauen eines ganz gemeinen dahindenden Bauernjägers. Marx und Fred werden durch nichts als ihr goldenes Herz bekehrt. Dabei wird dieses schöne Herz sogar betrogen. Denn es ist gar nicht wahr, daß ihre Mama lebensgefährlich krank ist. Der Papa hat des Geschicklichen nur erfunden, damit die Kinder wieder artig werden.

Wett sei Dank, alles ist nur Komödie. Israel Jangwill stieg sonst tiefer in die Menschen hinein. Er war früher sogar ein Sozial- und Kalkatellier, in seinem Lande eher gefürchtet als beliebt. Da er niemandem mehr weh tut, wird man ihn jetzt nur lieben. Er langweilt höchstens noch, übrigens nur im dritten Akt seiner Komödie. Zwei Alte, in denen die jungen und die alten Leute sehr nährlich sind, pulvern auf. Dann allerdings, wenn die Moral der jungen und der alten Leute durch Sentimentalität harmonisiert werden soll, verfliegen die Einfälle.

Am Deutschen Theater spielt den unverwundlichen, tapferen und entzückenden Bakfisch, der trotz aller Emanzipationsgelüste jungfräulich zum Standesamt wandert, Fräulein Rosheim. Jugend und Ammut, die durch Routine nicht verschleiert, sondern eher gehoben werden, eine Künstlerin, die ans Herz greift und jungensfertig und klond zu jedem Geschmad redet. Rolle und Künstlerin ein einziger Gleichklang, der sich stets einschmeichelt. Herr Schrock,

Fräulein Wertmeister, Herr v. Meyring und Frau Richards sind bemüht, durch Karikatur und Geschicklichkeit zu beleben, was ohne jowiel theatralische Schulfung ziemlich tot geblieben wäre. Rag Hochdorf.

Henni Lehmann las im Rahmen eines Schriftstellerinnenabends im Lyzeumklub aus eigenen Werken. Besonders eindrucksvoll wirkte die Novelle „Die russische Schaukel“, die die feine Beobachtungsgabe und das warme, menschliche Empfinden der Verfasserin verriet. Ueberhaupt zeigten alle zu Gehör gebrachten Werke, die im guten Sinne weiblich, mütterlich wirkten, das starke Einfühlungsvermögen Henni Lehmanns in menschliches Schicksal und menschliches Leid. Die schlichte, unpathetische Vortragweise der Verfasserin konnte die Wirkung nur erhöhen. Es folgten dann Rezitationen von Gedichten von Annemarie Schrobsdorff, die Mary Hahn brachte, und einzelne Kapitel aus Ilse Leuh Roman „Schloß Ohnesorge“, die Maria Renomi las. Dieser Roman, der in den großen Kapiteln nichts ist als eine stilistisch ausgelegene Friedericus-Reg-Erzählung, voll von Geschichtsbuch-Zitaten, verriet immerhin in den Genreschilderungen einiges Geschick der Verfasserin. Tes.

Abshda, die Stadt der kommenden Friedenskonferenz. Die Redungen von den bevorstehenden Friedensverhandlungen der Franzosen und Spanier mit Abd el Krim nennen die Stadt Abshda als Lagungsort. Ein neuer Name unter den vielen, die man aus den Berichten über die langwierigen Kämpfe im Rif kennengelernt hat. Abshda blüht auf eine lange Geschichte zurück; bis ins 11. Jahrhundert hinein läßt sich seine Vergangenheit zurückverfolgen, die ihre Blütezeit unter dem Geschlecht der Almoraviden erlebt hat. Aus dieser Zeit rühren die stolzen Bauten, die die Zierde der Stadt darstellen, in der heute an die zwanzigtausend Menschen wohnen. Im Osten Marokkos gelegen, Treffpunkt der Straßen, die nach dem Rif, nach dem Innern Marokkos und nach Alger führen, war es von jeher ein wichtiger Platz, auf den die Franzosen von Anfang an ein Auge geworfen hatten. Die Nähe der algerischen Grenze, die nur 27 Kilometer östlich der Stadt verläuft, ließ sie in Abshda einen Platz sehen, von dem aus die beabsichtigte Eroberung Marokkos am zweckmäßigsten zu beginnen war. So ist Abshda der erste Ort gewesen, dessen sich die Franzosen, lange vor der offiziellen Uebernahme der Oberhoheit über Marokko, bemächtigt haben. Als vor neunzehn Jahren, im März 1907, der französische Arzt Dr. Roussignol in Marrakesch in provokatörischer Absicht die Tritolore hieß und von den erbitterten Eingeborenen deswegen gesteinigt wurde, hatten die Franzosen den langfristigen Grund, ihre Eroberungsabsichten in die Tat umzusetzen; der erste Schritt auf diesem Weg war die Besetzung von Abshda. In diesen zwei Jahrzehnten hat sich die Stadt gründlich gewandelt; sie ist äußerlich europäisiert, es gibt dort jeden Komfort der Neuzeit. Die trohige Mauer, die die Stadt umgibt, steht noch immer. Dort pflegten ehemals die allmächtigen Palhas die abgeduldeten Köpfe ihrer Widersacher zu marternem Beispiel anzuhängen. Noch heute zeigt der Stein die Spur vergossenen Blutes; auch heute noch wird die Mauer als Anschlagssäule demütigt, wenn auch nicht mehr Köpfe, sondern bunte Kinoplatate Platz finden.

Ein Stiftungserfordernis für amerikanische Museen. Die gegenwärtige Saison nennt der New Yorker Berichterstatter des „Cicerone“ die an Stiftungen reichste in der Geschichte der amerikanischen Museen. Erst vor kurzem wurde von dem Riesengeschenk von 40 Millionen Dollar an das New Yorker Metropolitanmuseum berichtet. Dieser Stiftung schließen sich jetzt zwei weitere großartige an: der bekannte Sammler und Glasfabrikant Libben, der schon zu Lebzeiten dem Museum seiner Heimatstadt Toledo in Ohio ein wahrer Räcen war, hat diesem Institut 14 Millionen Dollar vermacht, und 8 Millionen Dollar wurden zur Gründung und dem Ausbau eines öffentlichen Kunstinstituts in Kansas City von einem reichen Zeitungsverleger bestimmt. Sehr zahlreiche kleinere Stiftungen haben verschiedene Museen erhalten. — Von dem großen, namenlosen Heer der eigentlichen Rätene, durch das diese Riesensiftungen erst ermöglicht worden sind, wird nichts gemeldet. Es handelt sich ja auch nur um die — Arbeiter.

Photos ohne Platte und Film? Englische Blätter berichten von der Erfindung eines italienischen Chemikers, der Film und Platte beim Photographieren durch ein besonders empfindliches Papier ersetzen will. Das Bild soll sich in 50 Sekunden entwickeln lassen, die Abzüge selbst werden in einem Apparat vorgenommen, in dessen Innern das Bild vermittelst einer Linse auf gewöhnliches Brompapier geworfen wird.

Die Bevölkerung von Paris. In Frankreich fand bekanntlich am 7. März dieses Jahres eine Volkszählung statt; für die Stadt Paris werden jetzt die vorläufigen Ergebnisse der Zählung bekanntgegeben. Es befand sich in Paris am 7. März eine Bevölkerung von 2 838 416 Seelen; das bedeutet gegen die Zählung vom Jahre 1921 eine Bevölkerungszunahme von 25 017 Seelen. Diese Zahlen konstatieren in merkwürdiger Weise mit der immer noch sehr ersten Wohnungstriffs. Es ist zu bemerken, daß die Zählungsergebnisse Paris im engeren Sinne betreffen, das heißt die alte Stadt innerhalb ihrer Verwaltungsgrenzen, die dem Stadtgebiet der alten Position entsprechen. Zählt man zu dieser eigentlichen Stadt die sehr bedeutenden Vororte, die mit ihr in engstem Zusammenhang und in ständigem Kontakt stehen, und die mit Paris das sogenannte „Groß-Paris“ bilden, hinzu, so dürfte mehr als eine weitere Million Seelen hinzukommen. Bei dieser Einwohnerzahl der Vororte dürfte auch kaum eine Verminderung der Bevölkerung gegen 1921, sondern weit eher ein beträchtlicher Bevölkerungszuwachs zu konstatieren sein.

Die staatliche Hochschule für Handwerk und Baukunst in Worms ist soeben eröffnet worden. Die neue Anstalt erstreckt, wie ihr Leiter Prof. Dr. Bauming in seiner Eröffnungsrede betonte, ein Weiterarbeiten auf den Ideen des Bauhauses. Bauming will Kunst und Handwerk am praktischen Bau vereinen und mit seiner Anstalt das städtische Gewerbe, mit dem er eng zusammen zu arbeiten gedenkt, ebenso betonen, wie seinerseits anregt.

Neue Kalligraphen in Rußland. Geachtete Kalligraphen, die die Schönheit der Sowjetunion und die ganze chemische Industrie vom Weltmarkt unabhängig machen, sind zu Solikamsk in Rußland aufgedeckt worden. Das Kall ist bis zu einer Tiefe von 92 m gelandet worden. Ueber 22 Pro. des Gesteins besteht aus Chlor.

Briand über den Russen-Vertrag. Eine abwartende Erklärung an Polen.

Paris, 21. April. (WZB.) „Journal“ zufolge hat Ministerpräsident Briand dem polnischen Botschafter gelegentlich seiner gestrigen Mitteilungen über die Stellungnahme der öffentlichen Meinung Polens zu den deutsch-russischen Vertragsverhandlungen erklärt, die französische Regierung beabsichtige, an der Fortführung der Politik von Locarno fest zu halten.

Auch die deutsche Regierung hat durch den Mund Stressemanns am Sonntag und durch einen Artikel ihrer offiziellen „Deutsch-diplomatischen Korrespondenz“ am gestrigen Tage erklären lassen, daß sie an Locarno festhalte. Demnach würde alles in schönster Ordnung sein. Aber es scheint, als ob in Paris und anderwärts noch immer Zweifel daran beständen, ob der neue deutsch-russische Vertrag mit den Verträgen von Locarno völlig vereinbar sein würde.

Wachsende Besorgnisse in London.

London, 21. April. (WZB.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, in britischen Kreisen werde die Auffassung immer allgemeiner, daß der deutsch-russische Vertrag, wenn sich sein Wortlaut auch vielleicht als einwandfrei erweisen werde, doch zu ersten Schwierigkeiten und Gefahren zu einem späteren Zeitpunkt führen könne. Indessen bestände in vielen Kreisen eine offene Abneigung, im gegenwärtigen Stadium irgendwelchen Druck auf Berlin auszuüben. Man sei auch ziemlich allgemein der Ansicht, daß ein solcher Druck gegebenenfalls nicht nur in Berlin, sondern auch in den alliierten Hauptstädten ausgeübt werden müßte, deren Beharren auf einer Veränderung der Zusammensetzung des Völkerbundes zu den unglücklichen Genfer Ereignissen geführt habe. (Das gilt aber doch auch für London und Chamberlain selbst! Red. d. „W.“) Der Korrespondent sagt, er habe Grund anzunehmen, daß in nicht langer Zeit der Wert der Leistung Englands, das durch seine Beteiligung am Locarnovertrag viel gebe und nichts dafür empfangt, den interessierten Seiten nachdrücklich vorgehalten würde.

Erklärungen der Risvertreter. Kein franko-spanisches Ultimatum.

Paris, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus Udschda gemeldet wird, haben die Vertreter des Ris eine neue Mitteilung an die Presse veröffentlicht, in der sie ihre Friedensabsichten versichern und die von Frankreich und Spanien formulierten Friedensbedingungen einer Kritik unterziehen. Die Vertreter des Ris fordern insbesondere, daß die von Frankreich und Spanien verlangte Unterwerfung des Ris unter die Oberherrschaft des Sultans durch Anerkennung seiner staatlichen und kirchlichen Autorität erlegt werde. Was die Entfernung Abd el Krims aus dem Ris betreffe, so wird ausgeführt, daß diese Entfernung zweckmäßigerweise erst an einem späteren Datum erfolgen könne und den Charakter einer freiwilligen Handlung tragen müsse. Jedenfalls komme die Verbannung Abd el Krims aus allen Ländern des Ris nicht in Betracht. Die Entlassung der russischen Soldaten müsse durch die Schaffung einer selbständigen Miliz ausgeglichen werden. Die Auslieferung der französischen und spanischen Kriegsgefangenen könne erst nach endgültigem Friedensschluß erfolgen.

Die französische Delegation, die von dieser Veröffentlichung der Erklärung der Risvertreter unangenehm überrascht gewesen ist, läßt dazu mitteilen, daß die Risabgaben den Sachverhalt im großen und ganzen richtig darstellten. Nur in einem Punkte wichen sie von der Wahrheit ab, indem sie glauben machen wollten, daß die französisch-spanischen Bedingungen eine Art von Ultimatum darstellten, was keineswegs zutreffend. Angeht dieses ungünstige Eindrucks haben die Vertreter des Ris erklärt, daß die Veröffentlichung gegen ihren Willen erfolgt sei.

Die Berichterstattung über den Verlauf der Friedensverhandlungen in Udschda wird dadurch erheblich erschwert, daß die Militärzensur eine strenge Kontrolle über sämtliche Presseveröffentlichungen ausübt. Insbesondere hatten die Militärbehörden zunächst die Weiterleitung und Veröffentlichung der erwähnten Pressemitteilungen untersagt, was zu einem Konflikt zwischen Presse und Zensur geführt hat. Nur das Eingreifen des französischen Außenministers hat diesen Konflikt beizulegen vermocht; daraufhin wurde nun beschlossen, ein Mitglied der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes nach Udschda zu entsenden.

Zu der oben gemeldeten Erklärung der Risvertreter, die Presse habe ihre Äußerungen gegen ihren Willen veröffentlicht, weist Havas daraufhin, daß jene Äußerungen mit einem Aufruf an die öffentliche Meinung der Welt begannen. Im übrigen wird mitgeteilt, daß gestern Abend Beratungen im Kreise der einzelnen Delegationen stattfanden, und daß die Risdelegierten hinsichtlich des weiteren Fortganges der Verhandlungen durchaus optimistisch gestimmt seien.

Genferarbeit in Syrien.

Beirut, 21. April. (Havas.) Hier sind fünf Aufständische hingerichtet worden.

Regierender Geheimklub. Ungarische Zustände.

Budapest, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) In der Nationalversammlung kam es zu stürmischen Szenen, als der Abg. Martonfalvi behauptete, daß der Innenminister v. Károlyi zu einer Zeit, als er noch nicht Mitglied der Regierung war, an den Fälschungen tschechischer Banknoten teilgenommen und die Aufgabe übernommen habe, für die Verbreitung der falschen tschechischen Noten zu sorgen. Außerdem erklärte Martonfalvi, es sei eine Spiegelsache, wenn der Ministerpräsident eine Aktion gegen die Geheimgesellschaften ankündige, da nicht nur der Ministerpräsident selbst, sondern auch die meisten Mitglieder der Regierung Geheimorganisationen angehören. Auch alle an den Frankfurter Verhandlungen Beteiligten, so Radóczy, der Chef der Landespolizei, und Strauch, der Oberstaatsanwalt, sowie der Vorsitzende des Senats, der die Verhandlung gegen die Frankfurter Letzten leitete, seien Mitglieder geheimer Gesellschaften. Als Martonfalvi von den Bänken der Regierungspartei zugerufen wurde, daß auch er Mitglied einer geheimen Gesellschaft sei, versicherte er, er sei es nicht mehr, sei es aber nur gewesen, weil der Reichsverweser ihn dazu ermächtigt habe; er sei aber ausgetreten, als er gesehen habe, daß die Geheimgesellschaften nicht patriotische Zwecke, sondern nur die Stützung der Regierung verfolgten. Der Minister des Innern erklärte die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen als unzutreffend.

Eine Volksabstimmung über Aenderung des Alkoholverbotes hat die gesetzgebende Körperschaft des Staates New York durch Beschluß zugelassen.

Notwendiger Preisabbau.

Mit dem erwachten Frühling geht die Lust zur Wanderung ins Freie. Der gewöhnliche Sterbliche muß sich seine Freiheitsgelüste ohnedies die ganze lange Woche hindurch vertreiben, und nur am Sonntag ist es ihm vergönnt, ein bißchen freie Luft zu schnappen. Wenn er die vollgepflanzte Stadt- oder Straßenbahn, wo sie Kopf an Kopf stehen, in Kauf, wehmützig streicht er die Regenjacke vom sommerlichen Vergnügungsanzug, aber die paar schönen freien Tage will er unter allen Umständen in Gottes freier Natur verbringen. Einen Tag fern vom dröhnenden Maschinenlärm, vom staubigen Schreibtisch, von der surrenden Nähmaschine bedeutet wahre Erlösung! Und draußen tummeln sie sich dann fröhlich, vergessen den grauen Alltag mit all seiner Schwere, darüber wird's Nachmittag und der Kaffeehunger stellt sich ein. Und jetzt kommt das Häßliche. Die Herren Wald- und Wiesen-Cafés bereiten ihnen diese unschuldige Freude. In einem kleinen, ganz einfachen Café- und Bierlokal unweit Wannsee kostet z. B. eine große Kanne Kaffee (etwa 4 Tassen) mit zwei Portionen Gebäck und Trinkgeld zirka 3 M. (sogar etwas darüber). Dieser Betrag entspricht dem Tagesverdienst vieler Verdienstlichen, wie oft aber verdient selbst ein Familienvater nicht viel darüber. Das ist ein bißchen hart. Kaffeetrinken, mindestens am Sonntag, ist wahrlich weder Luxus noch Verschwendung. Oder soll man stets die Thermosflasche bei sich führen, oder muß die abgeheulte Mutter unbedingt in den Lokalen mit der Erlaubnistafel „Hier können Familien Kaffee kochen“ sich stundenlang in der Küche drängen, um für Geld und gute Worte endlich ein Töpfchen heißen Wassers zu ergattern? Außerdem gibt es Lokale mit dieser lokalen Einrichtung nur an einzelnen Ausflugsorten. Es wäre zu wünschen, daß hier bald Rat geschossen wird. Die Gastwirtorganisationen sollten sich im Interesse des Ansehens ihres Standes mit der Frage beschäftigen, denn einen Verdienst, der mehrere hundert Prozent der Entstehungskosten ausmacht, nennt man Wucher.

Vorschüsse und Darlehen!

Die Unterhaltungen beim Reichsverband der Autoindustrie.

Zu den Berührungspunkten beim Reichsverband der Autoindustrie erfahren wir, daß die Vernehmungen des geschäftsführenden Direktors Dr. Sperling, des Kassierers Schäufel und verschiedener Angestellten bis über Mitternacht fortgesetzt wurden. In den Aussagen der Benannten zeigten sich erhebliche Widersprüche, die bisher nicht ausgeglichen werden konnten. Das nächste Ergebnis war, daß Kurt D'Orange, der Sekretär Dr. Sperlings und Schriftleiter der Verbandszeitung, beim Abbruch der Verhandlungen um 1 Uhr nachts außer dem bereits verhafteten Kassierer Schäufel unter dem dringenden Verdacht unlauterer Nachforschungen mit Kontostreibungen ebenfalls vorläufig festgenommen wurde. D'Orange gibt zu, Vorschüsse aus der Kasse des Verbandes erhalten zu haben. Er behauptet jedoch, daß Dr. Sperling darum gewußt und daß der Kassierer Schäufel mit seiner Genehmigung die Vorschüsse gegeben habe. Einmal handelt es sich dabei um 6800 M., 3000 M. davon will D'Orange anderen als Darlehen gegeben, 2800 M. will er für Dr. Sperling ausgegeben haben. Schäufel hat, wie er zugibt, die Originalquittung verbrannt und dafür andere ausgestellt. Dr. Sperling bestreitet entschieden, von diesen Vorschüssen und damit auch von ihrer Verwendung irgend etwas zu wissen. In einem anderen Falle handelt es sich um 12000 M. die D'Orange guten Freunden als Darlehen gegeben hat, einem davon zum Ankauf eines Grundstücks. Als dessen Eigentümer bezeichnete D'Orange sich selbst. In Wirklichkeit aber ist der Eigentümer eine Privatperson, die von D'Orange das Geld zum Ankauf erhalten hat. Ueber die Herkunft dieser 12000 Mark kann oder will D'Orange keinerlei Auskunft geben. Er kann den Erwerb nicht belegen. Wahrscheinlich stammen auch sie aus der Kasse des Reichsverbandes, und es wird vermutet, daß D'Orange auch noch weitere Beträge aus der Kasse erhalten und anderen Personen als Darlehen gegeben hat. Unter welchen Titeln diese Gelder aus der Kasse geflossen sind, wird erst eine genauere Prüfung feststellen können. Die um 1 Uhr nachts abgebrochenen Vernehmungen wurden heute vormittag wieder aufgenommen und fortgesetzt.

Die Ausbesserungen am Brandenburger Tor.

Zu den verschiedenen Nachrichten über die bevorstehende Instandsetzung des Brandenburger Tores wird uns von der für die Ausführung zuständige Behörde, der Preussischen Bau- und Finanzdirektion, mitgeteilt, daß der Zustand des langhansischen Tores keineswegs so mangelhaft ist, daß man ihn als „baufällig“ bezeichnen kann, vielmehr ist die Bauanlage im Kern noch vollständig gesund. Die allerdings recht umfangreichen Schäden treten hauptsächlich nur an den Architekturgliedern, der Dachdeckung und dem bildnerischen Schmuck auf. Die Verwitterungen am Sandstein, die sich besonders an der Westseite in starkem Maße zeigen und ein Auswaschen der schadhafsten Stücke gegen wetterbeständiges Material erforderlich machen, sind in der Hauptsache auf den für den Bau verwendeten Elbsandstein zurückzuführen, der sich den Witterungseinflüssen gegenüber in ungleichem Maße verhält. Namentlich haben die Reliefs in den Füllungen des Frieses sehr stark gelitten und müssen zum Teil ganz erneuert werden. Die alten Holzbalkendecken über den Durchfahrten sollen durch massive Decken ersetzt werden, ebenso wird an Stelle der Zinkbedeckung des Tores und der seitlichen Säulenhallen eine neue Eindeckung in Kupfer hergestellt werden. Eine gründliche Ausbesserung wird auch die Schwadische Quadriga erfahren, bei der namentlich die innere Eisenkonstruktion der Pferde erhebliche Schäden aufweist. Bei der Siegesgötin und dem Wagen sind diese Arbeiten bereits 1909 ausgeführt worden. Es dürfte von Interesse sein, daß das Bildwerk, das auf dem Transport nach Frankreich sehr gelitten haben muß, in Paris im Jahre 1807 einer durchgreifenden Ausbesserung durch den Gießer Cantiers unterzogen worden ist, bei der u. a. ein Flügel der Siegesgötin und sechs Beine der Kasse erneuert wurden. Für die geplanten Ausbesserungen am Brandenburger Tor sind die Mittel im Haushaltsplan für 1926 vorgesehen, die Vergebung der Arbeiten durch die Bau- und Finanzdirektion kann aber erst erfolgen, sobald der Finanzminister die Mittel überwiesen haben wird.

Ein Gesundheitsbüchlein.

Ein hübsches „Merkbüchlein für jedermann“ gibt der Reichsausschuß für hygienische Volksbildung heraus, das in Form eines Bilderbuchs mit meist gereimten Unterschriften eindringliche Gesundheitsregeln bringt. Dabei sind die Bilder so geschickt zusammengestellt, daß sie schon allein lehrreich genug wirken, so z. B. die Seite, die das Obstessen empfiehlt, aber vor dem Genuß ungewaschener Früchte warnen. Da kommt auf dem Bilde die Obsthandlerin, deren Ware schon in Kleben und Körben auf sie wartet, aus dem ganz unperfektbaren bewußten Häuschen heraus, das Erntedank nur allein aufzusuchen pflegen, und geht mit ungewaschenen Händen wieder an das Obst. Die folgende Illustration zeigt die Mutter, die den Kindern das sofortige Bespülen des oben eingekauften Obstes verwehrt. In ähnlich wirkungsvoller Art sind Verhaltensmaßregeln bei Tuberkulose, Warnungen vor Alkoholgenuß, kurz, die verschiedensten Regeln für eine gesunde Lebensführung dargestellt, auch für Kinder meist heiter zu sehen und zu lesen und dabei doch eindringlich. Gerade dieser so schwer zu treffende Ton ist hier fast überall glücklich gefunden. Darin kann die Straßenbahn in ihren Plakaten, die die Kinder vor Unfällen warnen wollen, lernen. Denn meist unbegründete Gebote „Du sollst“ und „Du sollst nicht“ und Bilder mit fröhlich von der

Bahn abspringenden Kindern oder solchen, die geschickt vor der fahrenden Elektrischen den Damm kreuzen, sind schwerlich geeignet, die Kinder zur Unterlassung ihrer gesundheitsgefährdenden Unarten zu bringen. So kann man nur wünschen, daß das kleine dankenswerte Büchlein in recht viele Kinderhände gelange, wenn auch leider die Gefahr besteht, daß die Worte Schwimmen, Milch, Obst, Fleisch in manchem armen Arbeiterhaushalt, in dem man gern alle Gesundheitsregeln befolgen würde, nichts als Sehnsucht nach diesen ferneren Herrlichkeiten auslösen können.

Politik und Schule.

Dr. Gustav Wynneken, der bekannte Pädagoge, sprach in einer öffentlichen Monatsversammlung des Bundes entschiedener Schulreformer über das Thema „Politik und Schule“. Die Schule, besonders die höhere Schule, ist das Instrument der staatlichen Jugendberziehung. Da der Staat die Organisation der Herrschaft einer Minderheit über eine Mehrheit darstellt, so ist der Schulzweck nach Meinung Wynneken's Befestigung und Aufrechterhaltung dieser Herrschaft. Da die Schule staatliches Instrument ist, sei sie notwendig politisch. Bei oberflächlicher Betrachtung der doch teilweise so unpolitischen Lehrpläne der höheren Schule, wie des griechischen und lateinischen Unterrichts im Gymnasium, den Naturwissenschaften und der Mathematik der Realanstalten ist man geneigt, die politische Zwecksetzung der Schule zu verkennen. Durch die Schwierigkeit und Langwierigkeit der Erlernung dieser Sprachen bilden sie jedoch einen Schutzraum für die gesellschaftliche Oberklasse. Der großen Masse der Bescholten ist es unmöglich, 9 Jahre auf die Ausbildung der Kinder zu verwenden, und so wird die Bildung ein schädlicher Ball für die Klassenherrschaft, zumal der politische Zweck bei Lehrfächern wie Religion und Geschichte ganz außer Frage steht. Wahre Religion soll ja nicht im Religionsunterricht vermittelt werden. Auch das gesamte Bildungsberechtigungs- und Prüfungsunwesen, der ganze Drahterbau von Examen dient keinem anderen Zwecke, als die Erzkultivität der Bildung zu sichern. Die geistige Menschenschicht, die aus den Schulen des Staates hervorgeht, die durchaus nicht identisch mit der gesellschaftlichen Oberschicht ist, trägt den Stempel der Klassenberziehung und stellt sich als geistige Wächter der Nation zumeist auf die Seite der herrschenden Minderheit. Auch die Volksschule, die ursprünglich ein Stück revolutionärer Entwicklung, eine Auslieferung der geistigen Waffen der herrschenden Klasse an die beherrschte Klasse darstellte, ist zum Instrument der Klassenherrschaft umgewandelt worden. Die Waffen der geistigen Bildung wurden der Masse ausgeliefert, weil die Oberschicht intelligente Arbeiter brauchte. Durch den Religionsunterricht und durch Beschränkung der geistigen Bildung auf ein Mindestmaß wird der hierdurch entstehende Gefahr die Spitze abgebrochen.

Bei alledem wenden die Massen, die mit der geistigen Betätigung in die Hand der Schüler gegeben werden, sich doch gegen die Klassenherrschaft, ihre herrschende Idee. Die Schule trägt, wie Hegel sagt, die List der Idee in sich. Es werden stets Momente einwirken, wo zwischen Lehrer und Schüler etwas anderes erwächst, als der Lehrplan, die Schulordnung vorsieht, ein menschliches Verstehen, ein gemeinsames Ringen nach Wahrheit. Und in solchen Momenten bahnt sich das grundlegend Neue an, das bestimmt ist, an Stelle des geist- und leeren Willens „Betriebes“ etwas Neues zu setzen. Es ist zwecklos, bei Aufrechterhaltung des heutigen gesellschaftlichen, im tiefsten Grunde kulturlosen Zustandes an einzelnen Missetäten im Schulwesen herumzukurieren. Denn die Schule ist Symptom, ist Folgeerscheinung des gesamten Sozialzustandes. Wynneken forderte zum Schluß alle von dieser Erkenntnis durchdrungenen Menschen auf, zusammenzutreten zunächst gegen den herkömmlichen Schulbetrieb, in der Hauptsache gegen die Seelen- und Kulturlosigkeit unserer Zeit.

Der Vortrag fand starken Beifall und wurde in einer ausgedehnten Aussprache noch lebhaft erörtert. Einige schiefe Urteile gegen die sozialistische Bewegung von heute wurden in der Aussprache richtiggestellt.

Arbeitsgemeinschaft der internationalen Kleinarbeit.

Die „Arbeitsgemeinschaft der Freunde der internationalen Kleinarbeit“ hatte ihre Anhänger und Freunde zu einer Zusammenkunft nach dem jüdischen Sprechzimmer im Vornortgebäude geladen. Genosse Dr. Adolf Paetz, der mit noch einigen Freunden die Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen hat, gab in seinem Vortrage eine Uebersicht über die Arbeit der Bewegung. Im März 1925 begann die Arbeitsgemeinschaft mit 25 Freunden, heute zählt sie 500. Das Programm umfaßt alles, was der internationalen Verständigung dienen kann. Durch persönliche Führungnahme mit den Sozialisten aller Länder soll Klarheit gewonnen werden über die Verhältnisse im Lande. Ein reger Brief- und Zeitungsaustausch wird mit ausländischen Genossen gepflogen. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. In diesem Sommer werden englische Bergarbeiter, die bereits Reiskassen gebildet haben, die deutschen Freunde aufsuchen. Um die Verständigung noch besser zu pflegen und die Anhänger enger zusammenzufassen, ist die Herausgabe eines Mitteilungsblattes geplant. In der Aussprache wurde der Wille zur Mitarbeit unterföhrt.

Zu dem Feuer in Onkel Toms Hütte hat eine Berliner Morgenzeitung die Nachricht gebracht, daß die Zehlendorfer Feuerwehreinfolge Schlauchschadens nicht aktionsfähig war. Wie uns auf Anfrage von der Leitung der Zehlendorfer Feuerwehreinfolge mitgeteilt wird, ist das Gegenteil richtig. Die Zehlendorfer Wehr war sechs Minuten nach Eingang der Meldung an der Brandstelle, mußte eine zirka 250 Meter lange Schlauchleitung legen und nahm mit dieser Leitung die erfolgreiche Bekämpfung des Feuers auf. Eine nur vier Minuten währende Unterbrechung trat ein, als ein Schlauchstück undicht wurde und ausgewechselt werden mußte. Den Hauptanteil der Abdichtung hat auch die Zehlendorfer Wehr geleistet. Die von einer anderen Berliner Lokalzeitung gebrachte Mitteilung, daß die telephonische Verbindung des vom Brand betroffenen Pächters zur Zehlendorfer Feuerwehreinfolge 25 Minuten gebauert hat, ist offenbar auf einen Mangel des in Zehlendorf vorhandenen postalisches automatischen Fernsprechwesens zurückzuführen, über den noch ein ernstes Wort zu sprechen sein wird.

Neue Sonntags-Rückfahrkarten nach Kloster Lehnin. Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, wird am 1. Mai d. J. die durchgehende Abfertigung mit der Lehniner Kleinbahn aufgenommen, gleichzeitig damit werden Sonntagsrückfahrkarten vom Potsdamer Bahnhof nach Lehnin aufgelegt. Diese Karten kosten für die 3. Klasse 3,40 M. und für die 4. Klasse 2,90 M.

Ausstellung „Gesundheitsfürsorge unserer Zeit“ in der Junghalle. Am Donnerstag, den 22. April, vorm. 11 Uhr, findet eine Führung durch die Ausstellungsbühnen „Die gesunde Wohnstätte“ unter fachkundiger Führung statt, mit anschließendem Gang durch die gesamte Ausstellung.

Großfeuer wütete in der Maschinenfabrik H. Reimede Alt.-Ges. in dem Vorort Carlshöhe bei Breslau. Das Feuer war in einem zentral gelegenen Gebäude des Werkes, der größten ost-deutschen Wassermesserfabrik mit einer Belegschaft von 750 Mann, ausgebrochen, und zwar in dem Montagebau. Das 60 Meter lange und 45 Meter breite Gebäude ist vollständig ausgebrannt. Die Fabrikleitung nimmt als Ursache vorläufige Brandstiftung an.

Beruntruungen bei der August-Thyssen-Hütte. Große Beruntruungen und Fällungen sind heute bei der August-Thyssen-Hütte in Hamborn entbedt worden. Eine Anzahl von Monteuren und Angestellten auswärtiger Baufirmen, die bei der Hütte verschiedene Bauten auszuführen hatten, haben es verstanden, durch Fällungen der Lohnlisten und andere Maßnahmen Summen in einem Betrage von 60 000 bis 70 000 Reichsmark in ihre Taschen zu leiten. Bisher wurden 10 Personen festgenommen.

100 japanische Fischer vermißt. Die ganze japanische Flotte wurde von schweren Stürmen heimgesucht. Ueber 100 japanische Fischer werden vermißt. Ein Zerstörer ist auf der Suche nach den Vermissten.

Gewerkschaftsbewegung

Der christliche Gewerkschaftskongress.

Behrens hat das letzte Wort.

Am Dienstag hielt Baltrusch einen Vortrag über „Lage und Aufgabe der deutschen Wirtschaft“. Baltrusch untersuchte die Ursachen des Niederganges der deutschen Wirtschaft und zeigte Wege und Mittel, wie wir aus der Wirtschaftskrise herauskommen könnten. Im einzelnen führte er aus, daß die christlichen Gewerkschaften gegen jede Zwangswirtschaft seien.

Die große Zahl der Kartelle und Innungen trage durch zu hohe Preisfestsetzungen einen großen Teil der Schuld an der Verteilung der deutschen Wirtschaft. Der Gesekentwurf zur Förderung des Preisabbaues müsse mit den vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Änderungen endlich dem Reichstag vorgelegt werden. Die Rationalisierung und Vernormung der Betriebe und der Ausbau der Verkehrsmittel seien zu fördern. Der Zinsfuß müsse weiter gesenkt werden, ebenso die Frachttarife auf den Eisenbahnen, Banken und Sparkassen sollten ihre Zurückhaltung bei der Hergabe langfristiger Kredite aufgeben. Der Lohnabbau sei kein geeignetes Mittel, um aus der Krise herauszukommen. Von Arbeitgebern und Arbeitnehmern müsse der Weg ehrlicher Verständigung beschritten werden. Größere Leistungen seien nur dann aus der Arbeiterkraft herauszuholen, wenn sie mit ihrer Seele voll bei der Arbeit sei.

Verbandsvorsitzender Fahrenbrach, Düsseldorf sprach als Korreferent über „Mitbestimmungsrecht und Mitbestimmung der Arbeiter in der Wirtschaft“ und legte dem Kongress eine Entschließung vor, in der die paritätische Zusammenfassung aller öffentlich-rechtlichen Wirtschaftskammern sowie die baldige Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten und des endgültigen Reichswirtschaftsrates in organischer gegliederter Aufbau gefordert wird.

In der Vormittagsagung sprach noch Giesberts; er führte u. a. aus: Es müsse die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik sein, der Wirtschaft wieder die Stellung zurückzugeben, die sie vor dem Kriege innegehabt habe, weil Deutschland mit dem Weltmarkt und der Weltwirtschaft unlosbar verknüpft sei. Ein Wiederaufstieg der Wirtschaft sei aber ohne Befruchtung aus der Arbeiterkraft heraus nicht denkbar. Die Fürsorge für das deutsche Volk müsse in den Vordergrund treten, spekulative Elemente und kapitalistische Profitgier zurückgedrängt werden. Giesberts wandte sich zum Schluß scharf gegen die auf der Essener Handelskammertagung in Erscheinung getretenen Tendenzen.

In der Nachmittagsagung wurden die dem Kongress vorgelegten Vorschläge, Anträge und Entschließungen mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Ein Antrag, der sich für die stärkere Bekämpfung des Alkoholmißbrauches einsetzt, fand einstimmige Annahme. In den Ausschuss des Gesamtverbandes wurden dann Stegerwald, Baltrusch, Funke, Jansen, Kaiser, Hillenbrand, Dr. Röhr, Dite und Giesberts gewählt.

Darauf sprach Dr. Röhr-Berlin über Wege und Ziele des gewerkschaftlichen Bildungswesens.

In seinem Schlußwort hob Behrens (1) hervor, daß besonders in den Begrüßungsansprachen der beiden Vertreter der christlichen Konfessionen die Zusammenarbeit von Kirche und Arbeiterschaft stärker betont worden sei. Die christlich-nationale Arbeiterschaft und ihre Bewegung schreite rüstig fort.

Es ist vielleicht mehr als ein symbolischer Zufall, daß es ausgerechnet der deutsch-nationale Rechner von Unternehmergeldern Behrens war, der das Schlußwort auf dem christlichen Gewerkschaftskongress hielt. Wie unsere Leser wissen, hat der Deutsche Landarbeiterversand in einer von uns veröffentlichten Zuschrift erklärt, daß die Behrens und Meyer nicht nur die sonderbare Anleihe von 5000 Mark bei der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände aufnehmen, sondern ständig Zuweisungen von landwirtschaftlichen Unternehmerorganisationen erbitten und erhalten. Der Deutsche Landarbeiterversand hat in dieser öffentlichen Erklärung sich erboten, das in seinem Besitze befindliche Material dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften zur Kenntnisnahme zur Verfügung zu stellen. Nicht minder bekannt sind die Schlußfolgerungen des Untersuchungsausschusses, die sich gegen Behrens und Meyer richten und die auch mit den Stimmen der Fraktionskollegen des Behrens angenommen wurden. Trotz dieser Tatsachen hat man es dem Behrens erlaubt, auf dem christlichen Gewerkschaftskongress eine Rolle zu spielen.

Wir haben diesen Fall vorangestellt, weil er für die zwiespältige Haltung, für das ängstliche Ausweichen des Dortmunder Kongresses vor jeder grundsätzlichen Auseinandersetzung bezeichnend ist. Das ist eigentlich das Ergebnis des Dortmunder Kongresses.

Die groß angelegte Rede Stegerwalds war nicht die Programmrede eines Gewerkschaftlers, sondern die Rechtfertigungsrede eines Politikers. Sie war vor allem auf einen persönlichen, stark überheblichen Ton gestimmt. Sie vermied aber übervorsichtig jede Schlußfolgerung für die zukünftige Politik der christlichen Gewerkschaften und Stegerwalds. Wenn dieser auch die Republik gegenwärtig als die einzig mögliche Staatsform erklärte, so bemühte er sich, die schwarzweihrote Fahne zu verteidigen. Die schwarzweihrote Republik Stegerwalds ist aber keine Republik.

Was sonst in den Referaten zutage gefördert wurde, geht nicht über die Belanglosigkeiten beliebiger Versammlungsreden hinaus. Daß auf sozialpolitischem Gebiete z. B. die Aufrechterhaltung der Trennung der Berufsvereinigungen gefordert wurde, ist auch kein Zeichen weitschender Sozialpolitik. Wenn die christlichen Gewerkschaften sechs Jahre brauchen, um einen so farblosen, knochenweichen Kongress zustande zu bringen, dann hätten sie mit dem Kongress ruhig nochmals sechs Jahre warten können.

Vereinheitlichung der Beamtenbewegung.

Wie sie sich der DBB. denkt.

Vom Deutschen Verkehrsbund, Mitgliedschaft Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft, wird uns geschrieben: Der Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes hat auf seiner Tagung am 17. d. M. eine Entschließung gefaßt, die die Vereinheitlichung der Beamtenbewegung fordert und alle Schritte begrüßt, die in dieser Richtung unternommen werden. Dieser Beschluß muß im Zusammenhang mit einer Entschließung des zweiten Kongresses des christlichen Gesamtverbandes deutscher Beamtenberufe in Köln betrachtet werden, der die „Zusammenführung der deutschen Beamten in eine Einheitsorganisation auf dem Boden christlich-nationaler Weltanschauung“ und Bejahung der deutschen „Volksgemeinschaft“ unter Ablehnung des Klassenkampfes verlangt und die Verbandsleitung beauftragt hat, ihre Bemühungen zur Vereinheitlichung der Beamtenbewegung in diesem Sinne fortzusetzen.

Die bisher auf Seiten des Deutschen Beamtenbundes und des Christlichen Gesamtverbandes geführten Verhandlungen haben auch

SPD.-Metallarbeiter!

Besucht die Branchenversammlungen am Donnerstag!

bereits den positiven Erfolg gehabt, daß der unter dem Vorsitz des bekannten Herrn Kugler stehende zum DBB. gehörende Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten eine Arbeitsgemeinschaft mit der Christlichen Deutschen Postgewerkschaft mit dem Ziele einer Verschmelzung beider Verbände abgeschlossen hat. Diese enge Verbindung mit den christlichen Gewerkschaften ist also nunmehr vom Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes gebilligt worden. Sind die Mitglieder des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten mit ihrer Vereinheitlichung innerhalb der christlichen Gewerkschaften einverstanden?

Die Zigarettenmaschinenführer für Amsterdam.

Gestern hatten die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Zigarettenmaschinenführer ihre Branchenversammlung, in der sie zur Wahl der Branchenkommission Stellung nahmen. Den Jahresbericht gab der 2. Branchenleiter Frankenstein.

Er ging zunächst auf die gesamte Lage in der Zigarettenindustrie ein und behandelte dann die Arbeitsverhältnisse der Maschinenführer im besonderen. In den ersten Monaten des Jahres war eine so gute Konjunktur, so daß sogar ein Mangel an Maschinenführern eintrat. Seit dem Inkrafttreten des neuen Tabaksteuergesetzes dagegen hat die Beschäftigungsmöglichkeit katastrophal nachgelassen. Es ist zurzeit etwa die Hälfte der Zigarettenmaschinenführer arbeitslos. Die verminderte Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung hilft die Krise in der Zigarettenindustrie nach verschärfen. Durch verbesserte Maschinen und andere technische Neuerungen in der Zigarettenindustrie ist die Produktivität um etwa 30-50 Proz. gegenüber der Leistungsfähigkeit vor zwei Jahren gestiegen. Dieser vermehrten Produktion steht aber die geminderte Kaufkraft der Konsumenten gegenüber. Infolge dieser Arbeitslosigkeit und großen Kurzarbeit war es auch nicht möglich, in den letzten Monaten Erhöhungen der Löhne durchzusetzen. Im allgemeinen hat aber die Branchenkommission ihr Möglichstes getan, um die wirtschaftliche Lage der Branchenangehörigen zu heben. Es muß auch das Bestreben der neuen Branchenkommission sein, im besten Einvernehmen mit der Organisation und der Branche zu wirken.

Eine Diskussion zum Jahresbericht wurde nicht gewünscht. Die Versammlung wählte nach dem Vorschlag der Vertrauensleute die bisherige Branchenleitung Amsterdamer Richtung wieder.

Betriebsräte und wissenschaftliche Betriebsführung.

In der Betriebsräteversammlung der Metallindustrie am Dienstag in den Sophienkölle wurde über die Reichsbeitrags-tagung der Betriebsräte der Metallindustrie in Leipzig am 12. und 13. März Bericht erstattet. Genosse Lübke vom Gesamtbetriebsrat des Siemens-Konzerns gab zunächst einen gedrängten Bericht von den Referaten, die auf der Konferenz gehalten wurden.

Genosse Snell vom Bund gab dann einen Auszug aus seinem in Leipzig gehaltenen Referat über „Wissenschaftliche Betriebsführung“. Genosse Snell gestellte die sogenannte „wissenschaftliche Betriebsführung“, wie sie von den Unternehmern betrieben wird, als das, was sie wirklich ist, nämlich erhöhte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Mit dieser Art der wissenschaftlichen Betriebsführung können sich die Arbeiter und Angestellten nicht einverstanden erklären. Wir verlangen eine Steigerung der Produktivität der Betriebe durch Verbesserung der Maschinen, Vorrichtungen, Werkzeuge und dergleichen, wodurch eine größere Arbeitsleistung ohne erhöhte Anspannung der Arbeitskraft möglich ist.

Genosse Weber, Mitglied des BdA., behandelte dann noch in kurzen Ausführungen die Veränderungen in der kaufmännischen Büroorganisation, die durch das Eindringen der zeit- und arbeitssparenden Büromaschinen hervorgerufen werden.

Die Veranstaltung hatte den Zweck, mit dazu beizutragen, daß ein innigeres Zusammenwirken zwischen Angestellten und Arbeitern innerhalb der Betriebe Platz greift. Bedauerlich ist nur, daß die Versammlung einen so schlechten Besuch aufwies, obwohl es doch gerade für die Betriebsräte in der jetzigen Krisenzeit so dringend notwendig ist, sich über so tiefgehende Fragen von weittragender Bedeutung zu informieren.

Die Lohnbewegung der englischen Metallarbeiter.

London, 20. April. (E. P.) Von 116 Gewerkschaften der Metallarbeiterunion haben sich bis jetzt 14 zugunsten eines Referendums über die Zweckmäßigkeit eines Streiks ausgesprochen. Die Arbeiter fordern bekanntlich eine Lohnerhöhung von einem Pfund, während die Arbeitgeber nur eine solche von 2 Schilling 6 Pence zugestehen wollen.

Wirtschaft

Staatshilfe für Giesche - gegen Harriman.

In der Frage, ob der deutschoberschlesische Zink-erzbesitz der Bergwerksgesellschaft Giesche Erben an die amerikanische Harriman-Anaconda-Gruppe ausgeliefert werden soll (morüber wir noch im gestrigen Abendblatt berichteten), steht, wie wir hören, eine Entscheidung kurz bevor. Preußen und das Reich werden wahrscheinlich der deutschen Giesche-Gesellschaft einen größeren Subventionskredit, etwa in Höhe von 20 Millionen Mark, gewähren. Aus diesen Mitteln sollen dann Verhüttungsanlagen auf deutschem Boden geschaffen werden. Die Harriman-Anaconda-Gruppe erhält also keinen Einfluß auf den bei der Teilung Oberschlesiens bei Deutschland verbliebenen Besitz an Zinkvorkommen und wird in ihrer Beteiligung auf den polnischen Anteil der Giesche-Gesellschaft beschränkt.

Das öffentliche Darlehen an Giesche soll zu ähnlich günstigen Bedingungen gewährt werden, wie der Kredit an den oberschlesischen Eisenrauf, was man in beiden Fällen mit den Verlusten begründet, die infolge der Teilung Oberschlesiens und der Aufstandsbewegung entstanden sind. Man wird eine solche Regelung, die deutschen Besitz erhält und der Gefahr eines Zinkmonopols in den Händen Harrimans vorbeugt, grundsätzlich begrüßen können, aber andererseits fordern müssen, daß der Subventionskredit nicht als reines Geschenk an die Giesche-Gesellschaft fällt, die sich als wenig fähig erwiesen hat, sondern daß Hand in Hand mit der Kreditgewährung aus öffentlichen Mitteln eine maßgebende Beteiligung Preußens bzw. des Reichs an der Verwaltung und am Ertrag erfolgt.

Das Erstarren des Kapitalmarkts: eine große Inlandsanleihe der Rückversicherer. Der Aufbau des inländischen Kapitalmarktes macht schnell weitere Fortschritte. Nach zahlreichen Emissionen öffentlicher und halböffentlicher Körperschaften geht nun auch die Großindustrie zur Ausgabe von „reinen“ Inlandsanleihen über, das heißt solchen Anleihen, für die keine besonderen Vergünstigungen (Umwandlung in Aktienform, „Convertible Bonds“) gewährt werden. Die Rückversicherer (Berlin und Raurel in Bielefeld) legen unter Mitwirkung eines großen Bankentfortiums eine Teilschuldverschreibungsanleihe von 40 Millionen Mark, die zu 8 Prozent verzinslich ist und bis 1931 unfällig bleibt, bei einem Ausgabekurs von 94½ Prozent zur öffentlichen Zeichnung auf. (Die tatsächliche Verzinsung für den Erwerber stellt sich danach auf fast 9 Prozent, die tatsächliche Zinsbelastung für das Unternehmen auf etwa 10 Prozent oder noch höher!)

Nach der 15-Millionen-Anleihe der Continental-Gaoutchou- und Gutta-percha-Gesellschaft in Hannover ist dies die zweite größere industrielle Inlandsanleihe binnen kurzer Zeit. Was diesen Vorgang so besonders interessant erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß die „unrentable“ und „daniederliegende“ Schwerindustrie nicht davon zurückschreckt, neue ungeheure Schulden auf sich zu laden, bei einer Zinsbelastung, die mehr als 10 Prozent ausmacht! Es scheint also so, als ob man damit rechnet, daß ein entsprechend hoher Gewinn bei der Anweisung dieser Summen noch ganz auf herauszuwirtschaften sein wird! Andererseits kann man sich den Eindruck nicht ganz erwehren, als ob die Banken in dem begreiflichen Bemühen, sich gute Anlagemöglichkeiten für die flüssigen Mittel zu schaffen, schon zu weit gehen, indem sie die Aufnahme von Anleihen in einem Maße ermutigen, das für den Markt der festverzinslichen Werte gefährlich werden kann, sobald die Ueberfülle am Geldmarkt einmal ihr Ende findet.

Der Staat als Bauherr. Während die Arbeitstätigkeit im privaten Wohnungsbau, entgegen allen Erwartungen, auch bei fortschreitender Jahreszeit nach wie vor gering bleibt, und industrielle Bauten so gut wie gar nicht unternommen werden, sind die öffentlichen Organisationen bei den gegenwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten die wichtigste Stütze des Baumarkts. In einem Extraordinarium zum preussischen Haushaltsetat, das gestern dem Landtag vom Staatsrat zugewiesen wurde, wird die Bewilligung eines Betrags von 57 Millionen Mark für die Ausführung bereits begonnener oder übernommener staatlicher Bauten nachgesucht. — Zusammen mit dem sonstigen öffentlichen Baubedarf des Reichs, der Kommunen, der Betriebsverwaltungen usw. ergibt das eine Beschäftigungsmöglichkeit für Tausende von Arbeitern in einer Zeit, wo die „private Initiative“ versagt!

Der Konzernabbau bei Scheidemandel. Daß das wahl- und planlose Angliedern von Beteiligungen während der Inflation die Ursache von Verlusten bei vielen an sich gesunden Unternehmen ist, das hat in der Generalversammlung der Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals H. Scheidemandel der Aufsichtsratsvorsitzende Geheimrat Kempner zugegeben. Die Gesellschaft ist führend in der Knochenverarbeitung und hat durch die Rohgase eine beherrschende Stellung im Knochenverkauf. Sie will sich in Zukunft auf dieses ureigenste Arbeitsgebiet beschränken und hat begonnen, alle diejenigen Beteiligungen abzustufen, welche in keinem oder nur im losen Zusammenhange mit der Verarbeitung von Knochen, in erster Linie mit der Leimsfabrikation, stehen. Bisher hat sie abgegeben die Beteiligung an der Sunlight-Seifenfabrik Rannheim, an den Vereinigten Chemischen Fabriken Zeitz und an Spratts Hundekuchenfabrik. Dadurch hat sie die Höhe der Ausgaben um 2½ Millionen Reichsmark verringern können. Die Gesellschaft weist bei einem Aktienkapital von 2 Millionen einen Verlust von 1334194 M. aus, der auf neue Rechnung vorgegetragen wird. Den Hauptanteil an den durch die mangelnde Voraussicht der Verwaltung entstandenen Verlust muß natürlich, wie überall, die Belegschaft tragen, die im großen Umfang abgebaut worden ist. Spezielle Zahlenangaben konnte (oder wollte? D. Red.) die Verwaltung auf Anfrage nicht machen. Aber man kann den ungefähren Umfang des Abbaues ermessen aus der Tatsache, daß von 18 Betrieben der Gesellschaft nur noch 5 arbeiten. Diese allerdings sind voll beschäftigt.

Verantwortlich für Politik: Richard Dornstein; Wirtschaft: Erich Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Gieseler; Religion: R. G. Böcher; Schulen und Genossenschaften: Fritz Rühl; Anzeigen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin: Berlin: Bornharts-Berlin G. m. H. O., Berlin, Druck: Bornharts-Buchverlag und Verlagsanstalt West-Sinoer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Die Branchenversammlung der Bau- u. Geldschrankschlosser findet nicht am Mittwoch, sondern am **Donnerstag, den 22. April, nachm. 5 1/2 Uhr,** im großen Saal der „Sophienkölle“, Sophienstr. 17/18, statt.
Die Ortsverwaltung.

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorwärts in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Eisässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 65 28 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzburg 9611
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 23,-
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen

Führer des Sozialismus
sind erschienen in
Posikarien
Karl Marx / Friedrich Engels
Ferdinand Lassalle / August
Belmel / Wilhelm Liebknecht
Friedrich Ebert
Beste Ausführg. / Göttrus Wiedergabe
Preis der Serie
6 Posikarien 50 Pfennig
Wiederverkäufer erhalten Rabatt
Zu haben in allen Parteibuchhandlungen oder beim
Kunstverlag Max Herzberg
Berlin SW 68, Neuenburger Str. 37

Pianos ohne Anzahlung
Bequemste Teilzahlung
Preise von RM. 800,- an
Jörzey
Potsdamer Str. 30

HUNDE
Katten, Papageien und alle Haustiere werden behandelt
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegerveterinärhaus
Sprechstunden: 11-4 u. 4-6 Uhr

Versuchen Sie die neue
TELEFUNKEN-LAUTSPRECHER-RÖHRE
R.E. 154
Sie werden überrascht sein!

Lampenschirm - Gestelle sowie sämtl. Zubeh. wie Seldo, Seldentrans, Wickelband usw. in la Qualität billig in den Spezialgesch.
Japaner: Dorotheenstr. 58, neben der Kirche, Königgrätzer Str. 44, nahe Anh. Bahnan., Brunnenstr. 189, Ecke Anklarher Str., Dreibundstr. 45, a Nord-Südhh. Kreuzb., Hohenzollernsdamm 16, Ecke Umlandstr., Charl. Seeseheim, Str. 12, E. Bismarckstr.

Krause-Pianos
für **Miete**
Ansbacher Str. 1, 1a/1b/1c/1d/1e